



**Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft
ver.di Bezirk Potsdam-
Nordwestbrandenburg**

ver.di Bezirk Potsdam-Nordwestbrandenburg
Konrad-Wolf-Allee 1-3, 14480 Potsdam

Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Landrat Ralf Reinhardt
Virchowstr. 14-16
16816 Neuruppin

Fachbereich C
Gesundheit, Soziale
Dienste, Bildung und
Wissenschaft

z.K. an die Mitglieder des Kreistages

Unsere Zeichen	To/hei
Durchwahl	0331 27574-20
Email	torsten.schulz@verdi.de
Datum	11. Januar 2022

Sehr geehrter Herr Reinhardt,

in Ihrer Funktion als amtierender Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin wende ich mich an Sie.

Als zuständiger ver.di-Gewerkschaftssekretär und Verhandlungsführer bin ich für die Ruppiner Kliniken GmbH und die Ostprignitz-Ruppiner Gesundheitsdienste GmbH zuständig.

Wir hatten schon miteinander Bekanntschaft gemacht, als Ich ihnen am 02.12.2021 vor der Kreistagsitzung, in Vertretung der Beschäftigten der beiden Gesellschaften genau 932 Unterschriften einer Petition, mit der Forderung nach der sofortigen Rückkehr in die ordentliche Mitgliedschaft des kommunalen Arbeitgeberverbandes und einem etwaigen Defizitausgleich, übergeben habe.

Dies war eine eindeutige Forderung und kein Wunsch, wie Sie ihn vor der Delegation der Beschäftigten genannt haben.

Eine eindeutige Positionierung Ihrerseits und eine Bearbeitung des Sachverhaltes des Kreistages steht bis zum heutigen Tag noch aus. Dass Sie die Unterschriftensammlung noch in der Sitzung des Kreistages am 02.12.2021 der Geschäftsführung übergeben haben, lässt darauf schließen, dass Sie Ihrer politischen Verantwortung gegenüber den Beschäftigten in den kommunalen Gesellschaften der Pro Klinik Holding nicht gerecht werden wollen.

ver.di
**Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft**
Bezirk Potsdam-
Nordwestbrandenburg

Telefon 0331 27574-45
Telefax 0331 27574-11

Ich fordere Sie in Vertretung der Belegschaft und Beschäftigten auf, sich umgehend mit dem Inhalt der Unterschriftensammlung zu befassen und die notwendigen Schritte zur angemessenen Bezahlung für alle Beschäftigten nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) einzuleiten.

Wenn im ersten Schritt nicht die sofortige Rückkehr in die ordentliche Mitgliedschaft des kommunalen Arbeitgeberverbandes umgesetzt wird, dann mindestens aber die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung der Bezahlung nach dem TVöD für alle Beschäftigten.

Der aktuelle Stand des Tarifangebotes sieht lediglich für die refinanzierten Bereiche, also die Pflege, eine 100%ige Bezahlung nach dem TVöD vor und alle anderen ca. 700 Beschäftigten sollen weiterhin schlechter bezahlt werden. Sollte es also zu Mehrkosten durch eine echte Anwendung des TVöD kommen, steht es in Ihrer und der Verantwortung des Kreistages, die notwendigen finanziellen Mittel zum Defizitausgleich bereit zu stellen.

In Vertretung und im Sinne der Beschäftigten, fordere ich Sie um zeitnahe Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen



Torsten Schulz
ver.di-Gewerkschaftssekretär und Verhandlungsführer